

Antrag R-02
SPD-Unterbezirk Uelzen / Lüchow-Dannenberg
Der Bezirksparteitag möge beschließen:

Empfehlung der Antragskommission
Erledigt

Umfassende Kennzeichnungspflicht für Polizist*innen – Misstrauen vorbeugen, Vertrauen stärken!

1 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, sich
2 für eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen
3 und Polizisten in Niedersachsen einzusetzen und
4 einen entsprechenden Antrag in den Niedersäch-
5 sischen Landtag einzubringen. Diese Kennzeich-
6 nung soll nach dem Vorbild anderer Bundeslän-
7 der (z. B. Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern,
8 Sachsen-Anhalt) aus einem individualisierten, aber
9 anonymisierten Nummer- und oder Buchstaben-
10 code bestehen, der für Außenstehende keinerlei
11 Rückschluss auf die Person ermöglicht. Dieser Rück-
12 schluss soll nur für Personen, die an einem Er-
13 mittlungsverfahren durch die Strafverfolgungsbe-
14 hörden beteiligt sind, möglich sein.

15 Diese Kennzeichnung soll bei allen Einsätzen, auch
16 und gerade in geschlossenen Einheiten bei Demons-
17 trationen und anderen Großveranstaltungen gelten.
18 Dieser Schritt ist aus unserer Sicht wichtig, um zum
19 einen eine effizientere Strafverfolgung von Straft-
20 aten einzelner Polizistinnen und Polizisten zu ge-
21 währleisten und zum anderen, um genau dadurch
22 das Vertrauen und die Polizei als Ordnungshüter zu
23 stärken.

24

25 **Begründung**

26 Leider kommt es gerade bei Großeinsätzen in ge-
27 schlossenen Einheiten in Ausnahmefällen zu rechts-
28 widrigen Gewaltanwendungen durch einzelne Po-
29 lizistinnen oder Polizisten. Diese möglicherweise
30 rechtswidrigen Gewaltanwendungen sind im Nach-
31 hinein schwer gerichtlich zu überprüfen. Der Haupt-
32 grund dafür ist die Tatsache, dass potenzielle Tä-
33 ter in der Regel nicht ermittelt werden können. Dies
34 führt in der Regel dazu, dass Ermittlungsverfah-
35 ren gegen Polizisten eingestellt werden, ohne über-
36 haupt nur vor Gericht zu gelangen. Dies geschieht
37 bei derartigen Ermittlungsverfahren häufiger als bei
38 irgendwelchen anderen Personengruppen.

39 Wenn die Betroffenen bei der Anzeige die Person
40 der vermeintlichen Täterin/des vermeintlichen Tä-
41 ters beschreiben wollen, können sie aufgrund der
42 Einsatzuniformen in der Regel höchstens feststel-
43 len, ob sich es um eine Frau oder einen Mann ge-

Erledigt durch Koalitionsvertrag Land (S. 96)

44 handelt hat und aus welchem Bundesland die Per-
45 son stammt. Gerade für Laien ist es aber darüber
46 hinaus schwierig, genaue Einheitenzugehörigkeiten
47 zu erkennen, die eine Identifizierung ermöglichen
48 würden, geschweige denn eine genaue Personen-
49 beschreibung. Eine effiziente Strafverfolgung ist so
50 kaum möglich. Aber gerade die ist unserer Ansicht
51 nach von großer Bedeutung. Gerade bei der Polizei,
52 als Vertreterin der staatlichen Gewalt, muss das be-
53 rechtigte Vertrauen vorhanden sein, dass das Fehl-
54 verhalten einzelner effizient und konsequent ver-
55 folgt wird. Ist dieses Vertrauen in einen effizienten
56 Umgang mit solchen Taten Einzelner nicht vorhan-
57 den, kann dies zu einem Vertrauensverlust in die Po-
58 lizei als Ganzen führen. Aber gerade auf dieses Ver-
59 trauen ist auch die Polizei angewiesen.

60 Eine Stigmatisierung der Polizistinnen und Polizis-
61 ten lehnen wir strikt ab. Wir sind uns der angespann-
62 ten Personalsituation der Polizei insgesamt und die
63 Belastungen der einzelnen Polizistinnen und Polizis-
64 ten bewusst. Die weit überwiegende Anzahl an Po-
65 lizistinnen und Polizisten begeht solche Taten nicht,
66 es sind die Taten einzelner. Aber gerade diese Taten
67 einzelner und die mangelhafte juristische Aufarbei-
68 tung solcher Taten sind es, die die Polizei in ihrer Ge-
69 samtheit gelegentlich in einem schlechten Licht da-
70 stehen lassen. Dem wollen wir mit der Kennzeich-
71 nungspflicht entgegenwirken.

72 Wir halten die Kennzeichnungspflicht, die auch im
73 Sinne der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten
74 ist, auch in Niedersachsen daher für geboten.

75 Die Kennzeichnungspflicht stand schon 2013
76 im Koalitionsvertrag – wurde vom Langzeit-
77 Innenminister Boris Pistorius aber schlicht nicht
78 umgesetzt. Nun steht sie wieder im Koalitionsver-
79 trag, die neue Innenministerin Daniela Behrens ließ
80 aber gleich mal verlauten, dass das Thema bei ihr
81 nicht die oberste Priorität hat.

82 Wir fordern, dass aus dem Bestreben endlich Taten
83 resultieren!